

Antrag 2024/II/Ges/7

Distrikt St. Georg

Psychotherapeutische Versorgung sichern - Weiterbildungsplätze schaffen!

1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich auf allen Ebenen für eine schnelle Lösung
2 des jetzigen Engpasses für psychotherapeutische Weiterbildungsplätze nach dem neuen Psy-
3 chotherapeutengesetz eingesetzt wird. Eine ausreichende Anzahl von Weiterbildungsplätzen
4 muss bundesweit geschaffen werden, damit möglichst viele Absolventinnen der entsprechen-
5 den Studiengänge für die Behandlung von psychischen Erkrankungen qualifiziert werden kön-
6 nen. Die SPD Hamburg möge sich auch auf Landesebene für mehr psychotherapeutische Wei-
7 terbildungsplätze, insbesondere an staatlichen oder staatlich geförderten Krankenhäusern
8 einsetzen. Des Weiteren möge die SPD Hamburg den Antrag an den Bundesparteitag weiter-
9 leiten.

10 **Begründung**

11 Das Gesetz über den Beruf der Psychotherapeutin und des Psychotherapeuten (Psychothera-
12 peutengesetz – PsychThG), verabschiedet im Jahr 2019, verfolgt unter anderem die Zielsetzung
13 eine bessere und finanziell fundiertere Ausbildung für Psychotherapeutinnen zu gewährleis-
14 ten. Ein neues Ausbildungssystem sieht vor, dass nach einem fünf-jährigem Grundstudium ei-
15 ne fünf-jährige Fachweiterbildung erfolgen soll.

16 Einer der zentralen Gründe für diese Reform sind die bisherigen prekären Verhältnisse in der
17 Ausbildung zur Psychotherapeutin. Die Psychologinnen arbeiten als Auszubildende knapp 170
18 Stunden im Monat und erhalten dafür in etwa EUR 1.000 brutto. Grob überschlagen ist das we-
19 niger als die Hälfte vom jetzigen Mindestlohn für Absolventinnen von mindestens fünfjährigen
20 Masterstudiengängen. Von dieser Ausbildungsvergütung müssen die Auszubildenden zusätz-
21 lich noch die Gebühren für ihr Ausbildungsinstitut finanzieren. Diese prekäre Ausbildungssi-
22 tuation führt in den meisten Fällen zu einer Diskriminierung von finanziell schlechter gestellten
23 Absolventinnen, weil diese für ihre psychotherapeutische Ausbildung entweder hohe Schulden
24 aufnehmen oder neben ihrer Vollzeittätigkeit jobben müssen um sich finanziell über Wasser zu
25 halten. Die erhöhte psychische Belastung und das erhöhte Arbeitsaufkommen durch diese Um-
26 stände können sich wiederum negativ auf den Ausbildungserfolg auswirken. Chancengleich-
27 heit sieht anders aus.

28 Das neue Psychotherapeutengesetz soll nun dazu führen, dass Psychotherapeutinnen in Aus-
29 bildung nun finanziell besser vergütet werden und soll damit zu mehr Chancengerechtigkeit
30 beitragen. Eine unterstützenswerte Angelegenheit, die aber für die Krankenhäuser und -Kassen
31 zu finanziellen Mehraufwendungen führt.

32 Der finanzielle Anreiz, bevorzugt Psychotherapeutinnen in Ausbildung nach dem alten System
33 zu beschäftigen ist daher sehr groß. Dies führt dazu, dass für die ab 2024 jährlich 3.000 Studie-
34 renden, welche die neuen Masterstudiengänge abschließen bundesweit lediglich etwa 20 Wei-
35 terbildungsplätze geschaffen wurden. Alle weiteren Ausbildungsplätze für Psychotherapeutin-

36 nen sind noch nach dem alten Ausbildungssystem, zu dem die Absolventinnen der neuen Mas-
37 terstudiengänge keinen Zugang haben.

38 Die Belastungen die mit psychischen Erkrankungen für Betroffene, Freundinnen und weitere
39 Angehörige einhergehen sind enorm. Zeitgleich stehen 3.000 Studierende, die einen entspre-
40 chenden Weiterbildungsweg einschlagen und leidende Menschen behandeln und therapieren
41 wollen, vor einer Sackgasse. In Zeiten in denen in Deutschland etwa jede vierte Person die Krite-
42 rien einer psychischen Erkrankung erfüllt, in denen etwa 10 Millionen Menschen unter Depres-
43 sionen leiden und in denen es eine chronische Unterversorgung der Bevölkerung mit Psycho-
44 therapieplätzen gibt, ist dieser Zustand untragbar. Die SPD sollte sich als sozialdemokratische
45 und progressive Kraft für die Betroffenen von psychischen Erkrankungen und für die Studieren-
46 den einsetzen, welche diesen Menschen als Psychotherapeutinnen qualifiziert helfen möchten.